

Ratsmitglied Bastian Wittfeld
Ratsmitglied Petra Zinke

Mitglied der Fraktion ForsPark

Ratsmitglied Uwe Bautz
Ratsmitglied Bernd Steinbach
Ratsmitglied Yannick Steinbach
Ratsmitglied Manfred Sterzenbach

Mitglied der FDP-Fraktion

Ratsmitglied Andrea Büscher
Ratsmitglied Sebastian Gopp
Ratsmitglied Tom Höhne
Ratsmitglied Erik Pregler

Mitglied der AfD-Fraktion

Ratsmitglied Jörg Feller
Ratsmitglied Jörg Venedey

Mitglied der Fraktion ZLR

Ratsmitglied Cordula Dick
Ratsmitglied Mitch Lambrecht

Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Ratsmitglied Alexandra von der Ohe

fraktionslos

Ratsmitglied Dirk Mau

Von der Verwaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Jana Büllesbach
Fachbereichsleiter Peter Gold
Fachbereichsleiterin Elke Günzel
Dezernent Christoph Herrmann
Sachbearbeiterin Sandra Janczura
Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski
Fachbereichsleiterin Sabine Ley
Fachbereichsleiter Thomas Reiter
Auszubildender Marvin Schramm
Fachbereichsleiter Christian Welsch

Schriftführerin

Sachbearbeiterin Susanne Weißweiler

Vertreter der Presse als Gast im öffentlichen Teil

Dr. Thomas Rausch (Vertreter der
Zeitungsgruppe Köln)

Es fehlen entschuldigt

Ratsmitglied Frank D. Albert-von der Ohe
Ratsmitglied Dr. Judith Dorff
Ratsmitglied Julia Aline Heuchert

Nach Eröffnung der Sitzung und vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Bürgermeisterin fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen und die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl der Ausschussmitglieder anwesend ist.

Auf Anregung der Bürgermeisterin wird die Tagesordnung einstimmig um TOP 1.1 „Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitglieds (Drucks.-Nr. 20/2020 II – 3)“ und um TOP 9.1 „Eingangsklassenbildung an der Gesamtschule Rösrath (Drucks.-Nr. 299/2022)“ erweitert.

Öffentlicher Teil:

1. Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitglieds
Drucks.-Nr. 20/2020 II - 2

Siehe TOP 1.1.

- 1.1. Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitglieds
Drucks.-Nr. 20/2020 II - 3

Die Einführung und Verpflichtung gemäß TOP 1 und 1.1 werden zusammen durchgeführt.

Ratsmitglied Gerhard Kupich wird als Nachfolger für Frau Olivera Glamocak für die SPD-Fraktion und Ratsmitglied Heike Kuhnen wird als Nachfolgerin für Herrn Wolfhard Gosewisch für die CDU-Fraktion gemäß § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in feierlicher Form eingeführt. Durch Nachsprechen folgender Verpflichtungsformel wurden sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Stadt Rösrath gewissenhaft erfüllen werde.“

Die Verpflichtung wird mit Handschlag der Bürgermeisterin bekräftigt.

Über die Verpflichtungen werden Niederschriften gefertigt.

2. Niederschrift der letzten Sitzung

Der Stadtrat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis; Einwendungen werden nicht erhoben.

3. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse

zu TOP 8 Neufassung der Hauptsatzung Drucks.-Nr. 272/2021

Die Neufassung der Hauptsatzung ist am 18./19.12.2021 öffentlich bekannt gemacht worden und am 01.01.2022 in Kraft getreten.

zu TOP 9 Neuwahl der Schiedsperson und der stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk Rösrath Drucks.-Nr. 250/2021 – 1

Frau Angela Seewald als Schiedsfrau und Herr Jürgen Hilkhäusen als stellvertretender Schiedsmann wurden am 26.01.2022 vom Amtsgericht

Bergisch Gladbach vereidigt.

**zu TOP 11 Satzung über die Aufwandsentschädigung, den
Auslagenersatz und die Förderung des Ehrenamtes für die
ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Rösrath
Drucks.-Nr. 266/2021**

Die Satzung ist am 18./19.12.2021 öffentlich bekannt gemacht worden und
am 01.01.2022 in Kraft getreten.

**zu TOP 14 InHK Hof- und Fassadenprogramm
hier: Richtlinien der Stadt Rösrath über die Vergabe eines Zuschusses
zur Aufwertung privater Gebäude- und Freiflächen im Rahmen der Umsetzung
des Integrierten Handlungskonzepts (InHK) „Rösrath-Nord“
Drucks.-Nr. 270/2021**

Das Programm und die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit wird in den nächsten
Wochen gestartet.

**zu TOP 16 Fraktionsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**

**hier: Beauftragung Hochwasser Audit
Drucks.-Nr. 273/2021**

Mittel wurden für den Haushalt 2022 angemeldet. Eine Umsetzung ist aber erst im 2.
Halbjahr möglich.

**zu TOP 16.1 Neuberufung der Mitglieder für den Verwaltungsausschuss
bei der Agentur für Arbeit für die 14. Amtszeit ab dem
01.07.2022
Drucks.-Nr. 274/2021**

Der Landrat wurde am 15.12.2021 über den Beschluss des
Stadtrats informiert.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

4. Einwohnerfragen

Es liegt eine Einwohnerfrage mit einer Zusatzfrage von Herrn Heinz Hepp vor, die am
15.02.2022 eingegangen ist.

Die Bürgermeisterin liest Frage und Zusatzfrage vor.

Frage: Ist es kommunalrechtlich in Ordnung, dass über eine in 2019 geänderte
Entwurfsplanung zum Straßenbau Lindenweg der damals zuständige Ausschuss, der
Behindertenbeirat und vor allem die betroffenen Anlieger nicht informiert worden sind,
aber der neue zuständige Ausschuss und der neue Rat der Stadt im Juni 2021 da-
rüber entschieden haben, ohne zuvor die betroffenen Anlieger und den
Behindertenbeirat über die geänderte Entwurfsplanung aus 2019 zu informieren?

Zusatzfrage: Wird der Teilausbau Lindenweg gemäß dem Entwurfsplan vom
04.02.2019 nach DIN 18040-3 barrierefrei ausgeführt?

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Christoph Herrmann:

Mit Schreiben vom 27.08.2018 wurden die Anlieger des Lindenweges informiert und
konnten zum übersandten Entwurf, der einen beidseitigen Gehweg vorsah, Stellung

nehmen – ebenso wie die Fraktionsvorsitzenden und auch der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung. Auf Grund der Rückmeldungen der Anlieger wurde die Entwurfsplanung auf einen einseitigen Gehweg abgeändert. Auf Grund der auf Landesebene diskutierten Änderung des § 8a KAG NRW wurde die Maßnahme bis Anfang 2021 zurückgestellt.

Mit Schreiben vom 05.05.2021 wurden alle Anlieger über die überarbeitete Planung informiert. Inhalt dieses Schreibens war auch die Beschreibung der geänderten Entwurfsplanung – wie von den Anliegern vorgeschlagen. Darüber hinaus war auf der Homepage der Stadt Rösrath bereits seit Längerem der geänderte Lageplan einsehbar.

Die Vorlagen zum Lindenweg (Anregungen der Anlieger, Bauprogramm und Freigabe / Vergabe) wurden im Ausschuss am 01.06.2021 den Anwesenden mit der beabsichtigten (geänderten) Entwurfsplanung, die den einseitigen, verspringenden Gehweg vorsah, vorgestellt und einstimmig beschlossen. Der Stadtrat stimmte der Auswertung der Anregungen der Anlieger sowie dem Bauprogramm in seiner Sitzung am 28.06.2021 ebenfalls einstimmig zu.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung zeitgleich mit den Anwohnern und den Fraktionen beteiligt wird. Herr Hepp ist aber nicht mehr Mitglied im Beirat und auch nicht direkter Anlieger des Ausbauabschnitts.

Ein barrierearmer Ausbau (Absenkung von Bordsteinen, Aufmerksamkeitsfelder) wird im Rahmen der Bauausführung umgesetzt. Alle anderen Maßnahmen sind straßenverkehrsrechtlich nicht möglich. Wir setzen um, was die Anwohner gefordert haben.

5. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Die Bürgermeisterin berichtet, dass im Fraktionsrat der Wunsch aufgekommen sei, das Verfahren zu ändern, damit zukünftig das Verlesen der Umsetzungswünsche unterbleiben kann.

Diesem Wunsch möchte die Verwaltung gerne nachkommen; das bedeutet aber einen gänzlich geänderten Ablauf. D.h die Fraktionen müssten Ihre Umbesetzungswünsche schriftlich (d.h. mit Unterschrift der/des Fraktionsvorsitzenden) bis spätestens Montagmorgen 9:00 Uhr zwei Wochen vor der Ratssitzung im Ratsbüro einreichen. Dort würden entsprechende Beschlussvorlagen gefertigt werden, die dann über die Tagesordnung in die Sitzung eingebracht würden und dann dort zur Abstimmung gestellt werden.

Der Vorschlag, die Umbesetzungswünsche als Tischvorlage vorzulegen, wird nicht als sinnvoll erachtet, da dann für jede Ratssitzung 50 Kopien der Vorschläge gefertigt werden müssten. Dieses Vorgehen und auch der Vorab-Versand am Sitzungstag per Mail an alle Ratsmitglieder / Fraktionsvorsitzenden gegen Mittag ist im Übrigen mit den Abläufen am Sitzungstag im Ratsbüro nicht vereinbar.

Sollte es bei dem bisherigen Verfahren bleiben (Verlesung) bittet sie darum, dem Ratsbüro die Umbesetzungswünsche so zuzuleiten, dass sie spätestens zur Sitzung des Fraktionsrats vorliegen.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das neue Ratsmitglied Heike Kuhn wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Wolfhard Gosewisch für die CDU-Fraktion als Mitglied in folgende Ausschüsse gewählt:

Zukunftsausschuss
Jugendhilfeausschuss
Wahlprüfungsausschuss

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Ratsmitglied Dr. Reinhold Henseler anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Wolfhard Gosewisch zum stellvertretenden Vorsitzenden im Wahlprüfungsausschuss benannt.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Die sachkundige Bürgerin Helmi Hütten wird unter gleichzeitiger Abberufung als stellvertretendes Mitglied anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Wolfhard Gosewisch für die CDU-Fraktion als Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Dr. Reinhold Henseler wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds Wolfhard Gosewisch als stellvertretendes persönliches Mitglied von Ratsmitglied Marc Schönberger für die CDU-Fraktion in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Overath/Rösrath gewählt.

Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Die sachkundige Bürgerin Andrea Lamberti wird für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als weiteres stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung gewählt.

Die Reihenfolge der Stellvertretung ändert sich wie folgt:

Alle übrigen Ratsmitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in alphabetischer Reihenfolge danach:

Lamberti, Andra (sakuBü)
Franzen, Thomas (sakuBü)
Paul, Dietmar (sakuBü)
Vivarelli, Andreas (sakuBü)
Wittkop, Peter (sakuBü)
Mau, Dirk (RM) – fraktionslos

Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Die sachkundige Bürgerin Andrea Lamberti wird für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als weiteres stellvertretendes Mitglied in den Schulbauausschuss gewählt.

Die Reihenfolge der Stellvertretung ändert sich wie folgt:

Alle übrigen Ratsmitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in
alphabetischer Reihenfolge
danach:

Lamberti, Andra (sakuBü)
Franzen, Thomas (sakuBü)
Marx, Stefanie (sakuBü)
Vivarelli, Andreas (sakuBü)

Auf Vorschlag Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben sich die Ratsmitglieder
einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Die sachkundige Bürgerin Andrea Lamberti wird unter gleichzeitiger Abberufung des
sachkundigen Bürgers Dietmar Paul für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als
Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren gewählt.

Das Einverständnis von Herrn Paul zur Abberufung liegt vor.

Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben sich die
Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Stephan Mohr wird unter gleichzeitiger Abberufung des
Ratsmitglieds Lothar Schneid für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als
Mitglied in den Schulbauausschuss gewählt.

Das Einverständnis von Herrn Schneid zur Abberufung liegt vor.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf
folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Wolfgang Gardemeier wird anstelle des ausgeschiedenen
Ratsmitglieds Olivera Glamocak für die SPD-Fraktion als Mitglied in den Ausschuss
für Kultur, Städtepartnerschaft und Ehrenamt gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf
folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Julia Heuchert wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds
Olivera Glamocak für die SPD-Fraktion als Mitglied in den Ausschuss für Soziales,
Familien und Senioren gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf
folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Petra Zinke wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds
Olivera Glamocak als persönliches stellvertretendes Mitglied von Ratsmitglied
Gerhard Kupich für die SPD-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf
folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Bastian Wittfeld wird anstelle des ausgeschiedenen Ratsmitglieds

Olivera Glamocak und gleichzeitiger Abberufung als persönliches stellvertretendes Mitglied als Mitglied für die SPD-Fraktion in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Overath/Rösrath gewählt.

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Das Ratsmitglied Gerhard Kupich wird als persönliches stellvertretendes Mitglied von Ratsmitglied Bastian Wittfeld für die SPD-Fraktion in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Overath/Rösrath gewählt.

Für die durch das Ausscheiden von Frau Glamocak im Wahlprüfungsausschuss und Wahlausschuss entstehenden Vakanzen werden für die nächste Ratssitzung Nachfolger*innen seitens der SPD-Fraktion benannt.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Der sachkundige Bürger Sven Jansen wird als weiteres stellvertretendes Mitglied für die FDP-Fraktion in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr gewählt. Er folgt in der Vertretung am Ende der Vertretungsliste.

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Der sachkundige Bürger Nick Pitzke wird als weiteres stellvertretendes Mitglied für die FDP-Fraktion in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr gewählt. Er folgt in der Vertretung am Ende der Vertretungsliste hinter Sven Jansen.

Auf Vorschlag der Fraktion Zusammen Leben Rösrath haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Der sachkundige Bürger Marcel Peters wird für die Fraktion Zusammen Leben Rösrath als weiteres stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung gewählt.

Die Reihenfolge der Stellvertretung ändert sich wie folgt:

Lambrecht, Mitch (RM)

Labonté, Vincent (sakuBü)

Peters, Marcel (RM)

Jaeckel, Daniel (sakuBü)

Stegmayer, Reinhold (sakuBü)

Buchwitz, Marc (sakuBü)

Dick, Giselher (sakuBü)

Heinermann, Bernd (sakuBü)

Oestreich, Christian (sakuBü)

Stupeler, Tobias (sakuBü)

Wonner, Chris (sakuBü)

Wonner-Müschenborn, Brian (sakuBü)

Auf Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit haben sich die Ratsmitglieder einvernehmlich auf folgende Änderung geeinigt:

Beschluss: einstimmig

Frau Emel Öztürk wird unter gleichzeitiger Abberufung von Frau Susanne Bräuer als Vertreterin der Arbeitsverwaltung als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Gleichzeitig wird Frau Emel Öztürk als persönliche Stellvertreterin von Frau Susanne Bräuer abberufen und Frau Susanne Bräuer zur persönlichen Stellvertreterin von Frau Emel Öztürk als Vertreterin der Arbeitsverwaltung in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Das Einverständnis von Frau Bräuer zur Abberufung liegt vor.

Die Bürgermeisterin hat an den Abstimmungen nicht teilgenommen.

6. Berichte aus den Gremien

Ratsmitglied Marc Schönberger berichtet aus der Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Overath/Rösrath; der Haushalt konnte nach umfangreicher Diskussion einstimmig beschlossen werden. Eine Kostensteigerung zu Lasten des Rösrather Haushalts konnte dabei vermieden werden.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

7. Bericht aus der Fluglärmkommission

Kein Bericht vorliegend.

8. Begrenzung der Anzahl der Standorte für die Aufstellung von Altkleidercontainern
Drucks.-Nr. 289/2022

Beschluss: einstimmig

Der Rat beschließt die Anzahl der aufgestellten Container zur Sammlung von Altkleidern auf öffentlichen Flächen auf 1 Container pro 1.000 Einwohner zu begrenzen und wie folgt aufzustellen:

- Rösrath	13 Standorte
- Hoffnungsthal	8 Standorte
- Kleineichen	2 Standorte
- Forsbach	6 Standorte

29 Standorte

Eine detaillierte Standortübersicht ist der Anlage 4 zu entnehmen.

9. Eingangsklassenbildung an den Rösrather Grundschulen
Drucks.-Nr. 287/2022

Beschluss: einstimmig

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt, vorbehaltlich der finalen Zustimmung durch das Schulamt des Rheinisch-Bergischen Kreis, für das kommende Schuljahr 2022/2023 die Bildung folgender Eingangsklassen:

- 1.) vier Eingangsklassen an der Katholischen Grundschule Rösrath
- 2.) vier Eingangsklassen an der Gemeinschaftsgrundschule Rösrath
- 3.) drei Eingangsklassen an der Gemeinschaftsgrundschule Forsbach
- 4.) vier Eingangsklassen an der Gemeinschaftsgrundschule Hoffnungsthal

9.1. Eingangsklassenbildung an der Gesamtschule Rösrath
Drucks.-Nr. 299/2022

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass sie sich freut, dass eine Einigung erzielt werden konnte. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Stadt Rösrath und der Gesamtschule Rösrath konnte am Nachmittag vor der Ratssitzung geschlossen werden. Die Zustimmung der Bezirksregierung stehe allerdings noch aus; diese sei allerdings zu erwarten.

Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski berichtet, dass die Stadt Rösrath der Gesamtschule Rösrath zusätzliche Räume zur Verfügung stellt, für eine Verbesserung der medialen Ausrüstung Sorge trägt und eine Verbesserung der Mensasituation schaffen werde.

Er betont weiterhin die pädagogische Wichtigkeit der Einigung und freut sich darauf, gemeinsam nach vorne zu gucken.

Beschluss: einstimmig

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt, vorbehaltlich der finalen Zustimmung durch die Bezirksregierung Köln, für das kommende Schuljahr 2022/2023 die Bildung einer einmaligen Mehrklasse gemäß § 81 Absatz 4 Schulgesetz des Land Nordrhein-Westfalen an der Gesamtschule Rösrath.

Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski teilt mit, dass die Verwaltung morgen den Antrag auf die einmalige Bildung einer Mehrklasse bei der Bezirksregierung Köln stellen werde. Sobald von dort eine Zusage vorliegt, würde auch die Zusage gegenüber den Schülern erfolgen.

10. Ergänzung der Jugendhilfeplanung Kindertageseinrichtungen:
Aufteilung der Kindertageseinrichtungs- und Kindertagespflegeplätze zum Kindergartenjahr 2022/2023 in der Stadt Rösrath gemäß § 32 Kinderbildungsgesetz (KiBiz)
Drucks.-Nr. 278/2022

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Beschlussfassung mit einer Konkretisierung in Ziffer 4 empfiehlt, dort soll es heißen:
Der Zuschuss für die 5 Familienzentren in Höhe von je 20.000,00 € wird gewährt.

Beschluss: einstimmig

Der Rat beschließt für das Kindergartenjahr 2022/2023:

1. Das Kindertageseinrichtungsangebot mit den Gruppenformen und Betreuungszeiten wird, wie in den Erläuterungen dargestellt, verabschiedet.
2. Der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg sowie der Rheinisch-Bergische Elternverein e.V. erhalten einen Zuschuss in Höhe von 15.000 € für die jeweiligen Waldkindergartengruppen.
3. Das Angebot an Kindertagespflegeplätzen mit 119 Plätzen wird, wie in den Erläuterungen dargestellt verabschiedet.
4. Der Zuschuss für die 5 Familienzentren in Höhe von je 20.000 € wird gewährt.
5. Die Verwaltung erhält den Auftrag zur Beantragung der entsprechenden Landesmittel.
6. Der zusätzliche städtische Zuschuss für Elterninitiativen in Höhe von 3 % sowie für andere freie Trägerschaften der in Höhe von 8% wird weiter gewährt.
7. Der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. erhält als Ausgleich für die Einstufung als kirchlicher Träger einen zusätzlichen städtischen Zuschuss in Höhe von 11 %.
8. Die Zuschüsse berechnen sich anhand der Kindpauschalen zuzüglich der Kaltmiete sowie abzüglich des Vorabzuges je Gruppe.

9. Sofern noch Korrekturen bezüglich der Angebote in den Kindertageseinrichtungen erforderlich werden, wird die Verwaltung ermächtigt, die Änderungen umzusetzen, soweit hierfür die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

11. 34. FNP - Änderung "Kita Sommerberg"
- Abwägung und Beschluss über die FNP-Änderung
Drucks.-Nr. 223/2021 - 1

Beschluss: einstimmig

Der Rat der Stadt Rösrath beschließt unter Abwägung der während der Offenlagen vorgebrachten Stellungnahmen die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes „Kita Sommerberg“ mit der Begründung und dem Umweltbericht (nach Maßgabe der Fachausschüsse).

12. Fraktionsantrag der Fraktion Zusammenleben Rösrath
hier: Antrag zur Beteiligung an der Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"
Drucks.-Nr. 288/2022

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass der Stadtrat in der Sache nicht zur Beschlussfassung berechtigt ist. Zuständig für die Entscheidung über Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen ist nach § 2 Absatz 2 Buchstabe e) der Zuständigkeitsordnung der Haupt- und Finanzausschuss.

Deshalb kann am Ende nur der Beschluss stehen:
Der Antrag wird zur Entscheidung in den dafür zuständigen Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Allenfalls verbunden mit einer Empfehlung, an die der Ausschuss aber nicht gebunden ist.

Nach kurzer Erläuterung des Antrags durch die antragstellende Fraktion äußern sich Vertreter der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD sowie Ratsmitglied Mau zustimmend sowie Vertreter der Fraktionen ForsPark, FDP und AfD ablehnend zum Beschlussvorschlag der Fraktion Zusammen Leben Rösrath.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt bei 5 Gegenstimmen

Der Antrag wird zur Entscheidung in den dafür zuständigen Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

13. Fraktionsantrag der Fraktionen von SPD, ForsPark, FDP und DIE LINKE.
hier: Haushaltsplanentwurf für 2022 – Ausweisung Positionen über 5.000 Euro
Drucks.-Nr. 293/2022

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass die Kooperation von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen alternativen Beschlussvorschlag zu diesem Thema einbringen möchte.

Sie gibt den Antragstellern und der Kooperation Gelegenheit zu Erläuterung.

Für die antragstellenden Fraktionen erklärt Ratsmitglied Erik Pregler die Beweggründe für den Antrag (mehr Transparenz) und zieht den Antrag mit dem Hinweis auf den weitergehenden Antrag der Kooperation zurück

Für die Kooperation liest Ratsmitglied Dr. Markus Plagge sodann den alternativen Beschlussvorschlag vor:

Im anstehenden und zukünftigen Haushaltsplanentwürfen werden für die Finanz- und Ergebnisrechnung alle Positionen bis auf die Ebene der Produktgruppen und Sachkonten ohne Aggregation im Excel- oder csv-Format zur Verfügung gestellt.

Für die Bilanz ist dementsprechend eine Aufschlüsselung bis auf die Ebene der Bilanzkonten erforderlich.

Fachbereichsleiter Christian Welsch räumt ein, dass die bisherige Darstellung im Haushaltsplan, die dem verwendeten Softwareprogramm geschuldet ist, intransparent sei und er die Kritik daher nachvollziehen könne.

Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski gibt zu bedenken, dass für den anstehenden Haushaltsplanentwurf eine vertiefte Differenzierung in der Kürze der Zeit nicht durchgängig und im Detail möglich sein wird.

Es besteht Einigkeit darüber, dass in Bezug auf den anstehenden Haushaltsplanentwurf 2022 maximal mögliche Transparenz hergestellt werden soll, z.B. durch die Vorlage von (ergänzenden) Excel-Tabellen und darüber hinaus zunächst eine einfache Aufgliederung in Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen ausreichen soll.

Die Bürgermeisterin stellt den Beschlussvorschlag der Kooperation zur Abstimmung.

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Im anstehenden und zukünftigen Haushaltsplanentwürfen werden für die Finanz- und Ergebnisrechnung alle Positionen bis auf die Ebene der Produktgruppen und Sachkonten ohne Aggregation im Excel- oder csv-Format zur Verfügung gestellt.

Für die Bilanz ist dementsprechend eine Aufschlüsselung bis auf die Ebene der Bilanzkonten erforderlich.

14. Fraktionsantrag der Fraktionen von SPD, ForsPark, FDP und DIE LINKE.
hier: Fortlaufender, detaillierter Personalbericht für Haupt- und Finanzausschuss
Drucks.-Nr. 294/2022

Ratsmitglied Erik Pregler erläutert für die antragstellenden Fraktionen den Antrag und weist darauf hin, dass es in der kürzeren Vergangenheit bereits zwei Personalberichte gab. Es ist das Anliegen der Antragsteller, dieses zu verstetigen und die bisherigen Berichte um weitere Angaben / Auskünfte zu ergänzen.

Die Bürgermeisterin wendet ein, dass es in der Vergangenheit Verwaltungspraxis war die Personalberichte lediglich zweimal jährlich vorzulegen. Fortlaufende Berichte in jedem Haupt- und Personalausschuss, noch dazu in der angestrebten Detailtiefe, bedeuten für die Verwaltung eine nicht unerhebliche Mehrarbeit.

Beschluss: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche offenen/unbesetzten Stellen in der Verwaltung unabhängig davon, aus welchem Grund die Stellen aktuell offen/unbesetzt sind, aufzulisten sowie für jede dieser offenen/unbesetzten Stellen aufzuführen

- aus welchem Grund die Stelle offen/unbesetzt ist,
- was bislang unternommen wurde, um die Stelle wieder zu besetzen
- welche Auswirkung die Tatsache, dass die Stelle offen/unbesetzt ist
- auf die Leistungserbringung der Verwaltung hat, d.h. konkret, welche Aufgaben der Verwaltung aufgrund der Nichtbesetzung nicht erfüllt werden können, bzw.

- welche Einschränkungen für die Rösrather Bürgerinnen und Bürger hiermit verbunden sind
- welche Maßnahmen gegebenenfalls ergriffen wurden, um die Stellen wieder zu besetzen,
- oder alternativ, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Leistungen anderweitig zu erbringen

Über die Entwicklung der Personalsituation wird bis auf Weiteres anhand der oben gestellten Fragen fortlaufend in jedem Haupt- und Finanzausschuss berichtet.

15. Fraktionsantrag der FDP-Fraktion

hier: Festlegung / Erhöhung Sitzungstermine Fraktionsrat
Drucks.-Nr. 295/2022

Ratsmitglied Erik Pregler erläutert, dass die Intention des Antrags ist, mehr Informationen zu erhalten, z.B. zur Bewältigung der Coronapandemie, dem Hochwasserereignis vom 14./15.07.2021, der Arbeit des Krisenstabs während des Ereignisses und dem Wiederaufbau der Verwaltung. Es habe viele Sitzungsausfälle gegeben; am besten sei es, wenn die Sitzungen nun wieder wie geplant stattfinden. Andernfalls müsste der Informationsfluss durch eine höhere Taktung an Fraktionsratssitzungen sichergestellt werden.

Die Bürgermeisterin legt detailliert dar, dass in 2021 Rats- und Ausschusssitzungen wegen der pandemischen Lage (hohe Inzidenzen) und mangels Beschlussvorlagen oder Beratungsbedarf abgesagt wurden. Sie legt Wert auf die Feststellung, dass anders als von der FDP-Fraktion behauptet, keine Sitzung wegen "der angespannten Personalsituation innerhalb der Stadtverwaltung oder weil Anträge nicht bearbeitet und Sitzungen nicht vorbereitet werden konnten" abgesagt werden musste.

Ratsmitglieder unterschiedlicher Fraktionen legen dar, dass es ihnen um den mangelhaften Informationsfluss in der Vergangenheit und fehlende Kommunikation zwischen Verwaltung und Politik und um die zukünftige Verbesserung geht. Während der Diskussion teilt Ratsmitglied Erik Pregler mit, dass er den Antrag als solchen aufrechterhält, die Begründung aber zurückzieht.

Details zu zusätzlichen Sitzungen des Fraktionsrats (Einladungsfrist, Turnus der Sitzungen, Tagesordnung, wenn keine Ratssitzung ansteht) werden angesprochen.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich der Antrag erledigt habe, wenn zukünftig die Sitzungen wieder turnusmäßig stattfinden.

Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski unterbreitet den Vorschlag, die Entscheidung über den Antrag in die nächste Ratssitzung zu vertagen. Zwischenzeitlich werde die Verwaltung Vorschläge für zusätzliche Termine des Fraktionsrats im ersten Halbjahr unterbreiten.

Die Bürgermeisterin lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Beschluss über den Antrag wird in die nächste Ratssitzung vertagt.

16. Beantwortung von Anfragen

Es liegen zwei Anfragen vor, die vor der Sitzung schriftlich eingegangen sind:

1. **Frage der Fraktion ForsPark** vom 19.01.2022 eingegangen am 21.01.2022: Ist Herr Welsch nun Fachbereichsleiter oder auch Kämmerer?

Antwort: Herr Welsch wurde gemäß Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.11.2021 als Fachbereichsleiter für den Fachbereich 5 – Finanzen und Vermögen eingestellt. Die Funktion des Kämmerers wurde ihm entgegen anderslautenden Presseberichten nicht übertragen.

Auf Grund seiner fachlichen Qualifikation hat die Bürgermeisterin Herrn Welsch jedoch mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2022 beauftragt. Da Herr Welsch nicht Kämmerer ist, gehört er auch nicht kraft Gesetzes dem Verwaltungsvorstand an. Gleichwohl macht die Bürgermeisterin von ihrem Recht Gebrauch, in Finanz- und Vermögensfragen Herrn Welsch zu den Sitzungen des Verwaltungsvorstands hinzuzuziehen.

2. **Frage der Fraktion ForsPark** vom 04.02.2022 eingegangen am 09.02.2022: Wieviel Verdienstaufschlag haben die Fraktionen im Jahr 2021 jeweils geltend gemacht?

Antwort: Im Jahr 2021 wurde an keine Fraktionsangehörigen Verdienstaufschlag gezahlt.

Auf Nachfrage erklärt Erster Beigeordneter Ulrich Kowalewski, dass die Stadt Rösrath derzeit keine Gespräche mit dem Kreis zur Nutzung der Sportstätte in Venauen führt. Ein Vertreter des Kreises werde lediglich in die Arbeitsgruppe „Sportstättenentwicklungsplan“ eingeladen.

17. Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. Wie bereits im Haupt- und Finanzausschuss geschehen, berichtet die Bürgermeisterin kurz über die Ausnahmegenehmigung bezüglich der ständigen Besetzung der Feuerwache mit hauptamtlichen Kräften:

Der Rat hat in der Sitzung vom 22.03.2021 über die 4. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans sowie die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen, Handlungsfelder einschließlich der Anlagen beschlossen (Drucks Nr. 131/2021).

Daraufhin wurde am 12.05.2021 der Antrag auf Verlängerung der Ausnahmegenehmigung nach § 10 Satz 3 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) bei der Bezirksregierung Köln gestellt.

Seit wenigen Tagen liegt der Verwaltung die bis zum 22.03.2026 gültige Ausnahmegenehmigung seitens der Bezirksregierung Köln vor. Diese ist mit verschiedenen Auflagen verbunden.

Zurzeit finden zwischen Verwaltung und Freiwilliger Feuerwehr Abstimmungsgespräche statt, so dass eine schriftliche Mitteilung über die Umsetzung der verschiedenen Aufgabenfelder erst im nächsten Haupt- und Finanzausschuss sowie in der nächsten Ratssitzung erfolgen wird.

2. Einbringung Haushalt 2022

In den Fraktionsratssitzungen am 09. und 16.02.2022 haben sich die Fraktionen auf folgenden Zeitplan für die Einbringung des Haushalts verständigt:

04.04.2022 Sitzung Stadtrat
Einbringung des Haushaltsentwurfes
16.05.2022 Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
Beratung des Haushaltsentwurfes
23.05.2022 Sitzung des Stadtrats

Verabschiedung des Haushalts

Bei den Terminen am 16. und 23.05.2022 handelt es sich um zusätzliche Termine.

Verschiebungen ergeben sich für die Sitzungen des Schulbauausschusses (vom 24.05.2022 auf den 10.05.2022) und des Ausschusses für Bildung, Schule, Sport und Freizeitgestaltung (vom 19.05.2022 auf den 11.05.2022).

Der geänderte Sitzungsplan wurde den Ratsmitgliedern am 17.02.2022 per E-Mail übermittelt.

3. Es wird auf den 25. Frauentag am 13.03.2022 um 10:30 Uhr in der Bildungswerkstatt von Schloss Eulenbroich hingewiesen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:07 Uhr

Rösrath, den 23.02.2022

Vorsitzende

Schriftführerin